

Initiative für ein europäisches Bürgerbegehren

Bürger sollen EU-Gesetze vorschlagen können / Voraussetzung: Eine Million Befürworter

fr. BRÜSSEL, 13. November. Das in der geplanten Europäischen Verfassung enthaltene Recht auf ein „Europäisches Bürgerbegehren“ sollte die Europäische Union schon heute den EU-Bürgern einräumen. Diese Forderung steht im Mittelpunkt einer von mehr als 80 Nichtregierungsorganisationen initiierten Unterschriftenkampagne, der sich auch Europaabgeordnete angeschlossen haben.

Ihre zentrale Forderung lautet: Immer, wenn sich mindestens eine Million Bürger für eine bestimmte neue EU-Regelung aussprechen, sollte die Europäische Kommission diese Forderung aufgreifen und den europäischen Gesetzgebern – Parlament und Regierungen – entsprechende Gesetzesvorschläge unterbreiten. Nach dem geltenden EU-Recht kann nur die Kommission Gesetzesänderungen initiie-

ren. „Die Kommission und der Rat wären saublöd, sich diese Chance für einen Dialog mit den Bürgern entgehen zu lassen“, sagte der Europaabgeordnete Alexander Alvaro (FDP). In der Schweiz und in acht EU-Ländern gebe es ein solches Initiativrecht, sagte der Koordinator der Kampagne, Carsten Berg.

Viele Organisationen, Politiker und auch Unternehmen versprechen sich von diesem Instrument der partizipativen Demokratie eine wirkungsvollere Durchsetzung ihrer Interessen. Einige Beispiele können die Interessenvielfalt veranschaulichen. So will die Europäische Organisation für die Notfallnummer das Instrument des Bürgerbegehrens nutzen, um eine zuverlässige europaweite Nutzung der Telefonnummer 112 sicherzustellen. Bei bis zu 30 Prozent aller Notrufe sei, etwa auf-

grund mangelhafter Sprachkenntnisse, noch immer nicht sofortige Hilfe gewährleistet, sagte der Gründer der Organisation, Olivier Paul-Morandini. Mit einer Million Unterschriften wollen konservative Organisationen den EU-Beitritt der Türkei verhindern. Für die Forderung, das Europaparlament solle nur noch in Brüssel tagen, haben sich bereits eine Million Bürger ausgesprochen. Aber auch ein deutsches Vertriebsunternehmen hochdosierter Präparate setzt auf das neue Instrument: Zur angeblichen Heilung von Krebsleiden und Aids will es in einem „Referendum für Naturheilverfahren“ neue Gesetze fordern, die zu einem erleichterten Verkauf dieser Produkte führen.

☎ Mehr Informationen im Internet: www.citizens-initiative.eu